

NIEDERSCHRIFT

Sitzung des Bau- und Wegeausschusses der Gemeinde Osdorf

Datum: 02.06.2026	Sitzungsort: Dibberns Gasthof, Noerer Straße 4, 24251 Osdorf	
Beginn: 19:00 Uhr	Ende: 22:13 Uhr	

An der Sitzung nahmen die nachstehend eingetragenen Personen teil.

	Bemerkungen
Mitglieder	
Herr Thorsten Möller	
Herr Rolf Ohlsen	
Herr Mike Behrendt	
Frau Katja Eggebrecht	
Frau Heike Grube	
Herr Sönke Petersen	fehlte entschuldigt
Frau Nicole Bünning	
wählbare Bürger/innen	
Herr Dr. Erol Cavus	
Herr Matthias Dibbern	fehlte entschuldigt
stellv. Mitglieder	
Herr Stefan Baasch	
Herr Peter Hammerich	
Herr Thomas Krompholz	Vertretung f. Hr. Petersen
Bürgermeister/in	
Herr Helge Kohrt	
Gemeindevertreter/in z.K.	
Herr Wolfgang Radke	
Protokollführer/in	
Herr Thorsten Bluhm	

- Bürgermeister -

- Protokollführer -

Anlagen:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Begrüßung und Eröffnung
2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.02.2026
3. Fragestunde der Einwohnenden
- 3.1. Berichte
- 3.2. Eingaben
4. Anfragen
5. 3. Entwürfe der Landesverordnungen über die Regionalpläne für die Planungsräume I, II und III in Schleswig-Holstein
6. Nutzungsordnung Bürgerpark
7. Vorstellung Straßenmanagement
8. Quartier Waldenburger Straße; weitere Parkplätze bei Hausnummer 1b
9. Standardisierung von Befreiungsanträgen bei bestehenden B-Plänen
10. Einrichtung eines Notfallinfopunktes - hier: Festlegung eines Standortes

Öffentlicher Teil:

zu 1 Begrüßung und Eröffnung

Der Ausschussvorsitzende Thorsten Möller begrüßte die anwesenden Mitglieder des Ausschusses und der Gemeindevertretung, Herrn Bürgermeister Kohrt, von der Verwaltung Herrn Bluhm und die anwesenden Gäste.

Die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit wurden festgestellt. Dem Antrag des Vorsitzenden auf Erweiterung der Tagesordnung um einen nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt „Berichte“ wurde einstimmig zugestimmt.

Die Sitzung fand somit mit folgender Tagesordnung statt:

Öffentlicher Teil:

1. Begrüßung und Eröffnung
2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.02.2026
3. Fragestunde der Einwohnenden
- 3.1. Berichte

- 3.2. Eingaben
4. Anfragen
5. 3. Entwürfe der Landesverordnungen über die Regionalpläne für die Planungsräume I, II und III in Schleswig-Holstein
6. Nutzungsordnung Bürgerpark
7. Vorstellung Straßenmanagement
8. Quartier Waldenburger Straße; weitere Parkplätze bei Hausnummer 1b
9. Standardisierung von Befreiungsanträgen bei bestehenden B-Plänen
10. Einrichtung eines Notfallinfopunktes – hier: Festlegung eines Standortes

Nicht öffentlicher Teil:

1. Berichte
2. Kommunale Abwasserbeseitigung bei weiteren Bauleitplanungen
3. Bauvoranfrage Pongbarg – Entscheidung nach § 31 Abs. 3 BauGB im Bereich des B-Plan

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.02.2026

Die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 26.02.2026 wurde ohne Anmerkungen einstimmig angenommen.

zu 3 Fragestunde der Einwohnenden

Fragen aus der Einwohnerschaft gab es nicht.

zu 3.1 Berichte

Bürgermeister Kohrt berichtete Folgendes:

- Die Festlichkeiten anlässlich des Dorfjubiläums waren sehr schön und ein großer Erfolg. Ein großer Dank an alle Organisatoren und Helfer.
- Für das Grundstück des zukünftigen Verbrauchermarktes an der „Gettorfer Straße“ wurden weitere Untersuchungen mit eher positivem Ergebnis durchgeführt. Es wurde keine weitere Ausbreitung von Belastungen festgestellt. Weiterführende Untersuchungen folgen im Juni und der Endbericht werde für August/September 2026 erwartet. Die erfolgte Gebäudeschuttbeprobung ergab in der Gesamtheit leider die Einstufung als Sondermüll; nach einer Aufteilung in 6 Teile sollen diese einzeln, in der Hoffnung weniger belastete Teilmengen auszumachen, neu beprobt werden.
- Für letzte Arbeiten am Parkplatz in der „Waldenburger Straße“ wird vom 16.06. – 30.06.2026 eine Vollsperrung notwendig.
- Die Machbarkeitsstudie „Feuerwehrgerätehaus“ hat zum Ergebnis, dass am jetzigen Standort eine Erweiterung mit Berücksichtigung der aktuellen Erfordernisse möglich ist.
- Das Projekt „Kunstrasenplatz“ wurde im Rahmen des Förderprogramms Sportmilliarde nicht berücksichtigt; es wurde ein Arbeitskreis gebildet, der sich um alternative Fördermittel kümmert.
- Als sogenanntes Schulladenprojekt soll eine Kostenermittlung für die Errichtung eines Multifunktionsgebäudes auf dem Sportplatzgelände durchgeführt werden.
- Im Rahmen möglicher Fördermöglichkeiten soll die Idee für einen Radweg zwischen Osdorf und Schwedeneck verfolgt werden.
- Die Sanierung der L 44 wird ab Juli 2026 durchgeführt.

Der Vorsitzende Herr Möller berichtete:

- Für die Errichtung einer Grillhütte im Bürgerpark wurden Fördermittel durch die AktivRegion bewilligt.
- Querungshilfe „Noerer Straße“: zur Sachstandsnachfrage gibt es noch keine Rückmeldung des Kreises.
- Bushaltestelle „Borghorster Mühle“: wurde versetzt; es gab Lob aus der Elternschaft aber auch Kritik in sozialen Medien; weitergehende Optimierung ist durch eine Versetzung der Ortseingangstafel sowie eine Pflasterung eines Fußweges angedacht, wofür eine Zustimmung des LBV SH erforderlich ist.
- Parkplatz an den Tennisplätzen: Verkehrsschilder „nur Pkw“ wurden aufgestellt, Situation hat sich allgemein verbessert, vereinzelte Verstöße werden verfolgt.
- Umkleidecontainer auf dem Sportplatzgelände wurden durch den Osdorfer Sportverein kurz vor dem Dorfjubiläum fertiggestellt.
- Auf die Abgabe einer Stellungnahme zu einem geplanten PV-Park in der Gemeinde Tüttendorf wurde verzichtet.
- Bauleitplanung B-Plan 19 wird mit artenschutzrechtlicher Stellungnahme weitergeführt; aufgrund der Vegetationsphasen erfordert dies einen größeren Zeitrahmen.
- Solarpark I und II in Osdorf (BPlan 17 und 18): archäologische Untersuchungen haben stattgefunden; es gab keine Funde; Planung wird fortgesetzt.
- Sachstand Tempo 30: Kreis und Polizei schlagen ein Konzept vor, dass ausschließlich auf die Schulwegsicherung abzielt. Nachteil: Es ist eine zeitliche Begrenzung (6-17 Uhr) vorgesehen; Möglichkeit, ein Schulwegkonzept zu erstellen (bspw. Rad.SH), dies dauert etwa ein halbes Jahr; dies hätte für die Noerer Str. eine Verschlechterung (derzeit nicht zeitlich begrenzt) zur Folge; mehrheitlich wurde sich für eine Regelung ohne zeitliche Begrenzung ausgesprochen.

zu 3.2 Eingaben

Eingaben lagen nicht vor.

zu 4 Anfragen

Anfragen wurden nicht gestellt.

zu 5 3. Entwürfe der Landesverordnungen über die Regionalpläne für die Planungsräume I, II und III in Schleswig-Holstein

Der Vorsitzende erläuterte die Hintergründe zu diesem Thema. Ohne eine weitere Aussprache wurde dem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt.

Die Gemeindevertretung nimmt die 3. Entwurfsplanung für die Landesverordnungen über die Regionalpläne für die Planungsräume I, II und III zur Kenntnis. Auf die Abgabe einer Stellungnahme wird verzichtet.

zu 6 Nutzungsordnung Bürgerpark

Der Vorsitzende führte in das Thema ein und schlug die Bildung einer kleinen Arbeitsgruppe vor. Unter dem Vorsitz von Katja Eggebrecht arbeiten darin auch Peter Hammerich und Rolf Ohlsen mit. Vorbereitend werden Informationen per Word-Dokument zur Verfügung gestellt, mit denen die Arbeitsgruppe bis zur nächsten Ausschusssitzung einen beschlussreifen Entwurf erarbeiten wird.

Auf Anregung von Peter Hammerich wird die Regelung um die private Nutzung kommunaler Liegenschaften und die Nutzung der Spielplätze ergänzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

zu 7 Vorstellung Straßenmanagement

Der Vorsitzende Herr Möller erklärte, der Bauhofleiter habe die Anregung zu dieser Verfahrenslösung durch einen Messebesuch erhalten. Die Arbeitsweise mit dem Programm und die Möglichkeiten wurden in einem Termin im Bauhof vorgestellt. Eine zentrale Plattform könnte dem Bauhof, dem Bürgermeister, der Verwaltung und politischen Vertretern des Ausschusses Daten der gemeindlichen Straßen und Wege zur Verfügung stellen und Informationen zu deren Zustand geben. Die Vorteile des Verfahrens wurden beworben; aus dem Gremium wurde als Hinweis gegeben, es werde mit der Erfassung durch das Programm noch kein Schaden direkt behoben. Zu den unterschiedlichen Sichtweisen und Bewertungen wurde sich ausgetauscht.

Bürgermeister Kohrt teilte seine Absicht mit, den vorliegenden Vertragsentwurf zu unterschreiben und lud dazu ein, an der vorgesehenen Präsentationseinführung teilzunehmen.

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne einen Beschluss geschlossen.

zu 8 Quartier Waldenburger Straße; weitere Parkplätze bei Hausnummer 1b

Einleitend wurde erläutert, es seien 60 Parkplätze vorgesehen worden. Es sei jedoch absehbar, dass dieses Kontingent nicht ausreiche. Daher werde angestrebt, 12 zusätzliche Parkplätze hinter dem Haus „1b“ – vorrangig für gemeindliche Mieter über entsprechende Mietverträge zur Verfügung zu stellen. Hinsichtlich des Mietpreises soll sich an der Preisgestaltung des GWU orientiert werden, um keine Konkurrenzsituation zu schaffen.

Nach dem erforderlichen Vergabeverfahren sei zwischenzeitlich der Auftrag erteilt worden. Derzeit wird wegen der örtlichen Gegebenheiten keine Notwendigkeit für Blockierbügel an den einzelnen Parkplätzen gesehen. Sofern sich aus der Erfahrung eine Notwendigkeit ergeben sollte, wäre die Nachrüstung problemlos möglich.

Aus der Versammlung wurde vorgeschlagen, die Verfahrensweise auf das gesamte Umfeld auszuweiten. Eine Klärung, was öffentlicher Parkraum sei und was privat vermietet werden dürfe, soll im Rahmen der nächsten Baubesprechung mit dem GWU vor Ort geklärt werden.

zu 9 Standardisierung von Befreiungsanträgen bei bestehenden B-Plänen

Der Vorsitzende Herr Möller stellte die Idee einer Standardisierung von Befreiungsanträgen bei bestehenden Bebauungsplänen vor. Eine Arbeitsgruppe solle unter seinem Vorsitz eine interne Richtschnur für den Umgang mit Befreiungsanträgen erarbeiten.

Seitens der Verwaltung wurden Bedenken geäußert, da sowohl die einzelnen Bebauungspläne als auch die örtlichen Gegebenheiten meist individuell zu bewerten seien.

Die Verwaltung wurde gebeten, im Rahmen der Möglichkeiten, bereits erteilte und neue Befreiungen aufzulisten und für eine Matrixerstellung zur Verfügung zu stellen.

zu 10 Einrichtung eines Notfallinfopunktes - hier: Festlegung eines Standortes

Die Notwendigkeit für die Errichtung von Notfallinfopunkten wurde erläutert und auf die Ausführungen der Beschlussvorlage verwiesen.

Private Räumlichkeiten in die Auswahl zu nehmen, wurde kritisch gesehen. Der Vorschlag „Grundschule“ fand grundsätzlich Zuspruch, allerdings wurden hier Bedenken wegen der unmittelbaren Nähe zum Feuerwehrgerätehaus und dem damit verbundenen Einsatzverkehr mitgeteilt.

Man kam überein, die unterschiedlichen Vorschläge Schule, Bauhof, KiTa, Ärztehaus oder Bau mit dem Ordnungsamt zu bewerten und eine Beschlussvorlage für den nächsten Sitzungstermin des Ausschusses vorzubereiten.

Die Gemeindevertretung beschließt, das Gebäude der Grundschule, als Notfallinfopunkt auszuweisen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, das geforderte Betriebskonzept mit der Amtsverwaltung zu erstellen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendige Ausstattung für die Ausbaustufe „Mindestanforderungen“ zu beschaffen.

Der öffentliche Teil der Ausschusssitzung wurde geschlossen und die Öffentlichkeit verließ den Sitzungssaal.

Anschließend wurde nach einer kurzen Pause (20:48 bis 20:59 Uhr) mit dem nichtöffentlichen Teil fortgefahren.